

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Stopp-Fracking-Initiative eingereicht

Probebohrung verhindern

Vor den Sommerferien haben die Grünen die Stopp-Fracking-Initiative mit einem Glanzresultat eingereicht. Gleichzeitig hat die Erdgasbranche ihre Vorbereitungen für Fracking-Projekte intensiviert.



«Gibt es Fracking bald auch in der Schweiz?», fragte *20 Minuten* am 19. Juli. Mit der Einreichung der Stopp-Fracking-Initiative haben die Grünen den Grundstein gelegt, dass es im Kanton Bern nicht so weit kommt. Wie wichtig die Stopp-Fracking-Initiative ist, zeigt der Umstand, dass ein Erdölförderkonsortium nur wenige Tage vor der Einreichung der Initiative bekanntgegeben hat, im Seeland Erdgas fördern und dabei allenfalls auch die Fracking-Methode einsetzen zu wollen. Nach den Plänen der SEAG und der texanischen Peos AG sollen in Rapperswil bereits anfangs 2015 Probebohrungen durchgeführt werden.

In Klimaschutz statt in Fracking investieren

Die Grünen werden alle Möglichkeiten nutzen, um Vorarbeiten für mögliche Fracking-Projekte zu unterbinden, und gegen eine Erschliessungsbewilligung in Rapperswil mit juristischen Mitteln vorgehen. Denn die Neuerschliessung von Erdgas-Lagerstätten verlängert unsere Abhängigkeit von fossilen Ressourcen und untergräbt die Energiewende und den Klimaschutz. Ange-

sichts des klaren Zustandekommens der Stopp-Fracking-Initiative und der Zustimmung des Grossen Rates zu einem Fracking-Verbot auf Gesetzesebene ist absehbar, dass im Kanton Bern bald ein Fracking-Verbot bestehen wird. Dass die Erdölbranche nun versucht, diesem mit einem Eil-Projekt zuvorzukommen, zeugt von wenig Respekt gegenüber demokratischen Abläufen.

Druck steigt auch auf nationaler Ebene

Der Abbau von Bodenschätzen ist in der Schweiz kantonal geregelt. Neuenburg, Freiburg und die Waadt kennen heute ein Fracking-Moratorium, Genf ein -Verbot. Im Kanton Zürich, wo ebenfalls Bohrungen geplant sind, ist ein parlamentarischer Vorstoss der Grünen für ein Verbot hängig. Nun steigt auch der Druck auf den Bund. Mit einem Postulat hat die Grüne Nationalrätin Aline Trede einen Bericht zu Fracking in der Schweiz gefordert. Die Antwort des Bundesrates wird im Frühling 2015 erwartet. Nachdem die Erdgasbranche ihre PR-Bemühungen in den letzten Monaten intensiviert hat, fordern die Grünen nun klare Zeichen aus dem Bundeshaus.

Antonio Bauen, *Grossrat Grüne*
Regula Tschanz, *Geschäftsführerin Grüne Kt. BE*

Déchets radioactifs



Les révélations de la presse sur les traces de radioactivité découvertes à Bienne ont choqué la population. Le silence

des autorités, qui en connaissaient l'existence depuis plus d'une année, est inacceptable. Ces déchets dangereux doivent désormais être évacués rapidement. Dans un postulat déposé au Conseil de Ville, les Verts exigent que l'industrie horlogère participe à cet assainissement. C'est en effet cette industrie qui a utilisé le radium dans l'élaboration des montres, quand bien même ses effets négatifs étaient connus déjà depuis les années 1920 en raison notamment des maladies professionnelles des ouvrières américaines utilisant pareil composant. L'industrie horlogère doit donc assumer les erreurs de son passé et la passivité dont elle a alors fait preuve.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

Inhalt



Seite 2
Kursänderung in der Raumplanung gefordert



Seite 4
10 Jahre Junge Grüne Schweiz



Seite 6
Gut aufgegleist: Ja zum Tram Region Bern



Seite 7
Grüne Gründe gegen «Ecopop»

Aus dem Grosse Rat

Die Grünen sind mit einem Paukenschlag in die neue Legislatur gestartet. Als in der Junisession die mit der Parlamentsrechtsrevision neu geschaffenen Sachbereichskommissionen zum ersten Mal bestellt wurden, ist Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, mit einer Stimme Vorsprung zum Präsidenten der wichtigen Baukommission (BaK) gewählt worden. Die Kommission berät die Geschäfte aus den Bereichen Bau, Energie, Verkehr und Raumplanung. Damit fallen zahlreiche für die Grünen zentrale Themen in ihren Zuständigkeitsbereich (u.a. Kulturland-Initiative, Stopp-Fracking-Initiative, AKW Mühleberg, Zukunft Bahnhof Bern). Wohl die wenigsten hatten damit gerechnet, dass sich die Grünen in der Kampfwahl um das BaK-Präsidium gegen die SVP durchsetzen würden. Die Wahl von Blaise Kropf zeugt von der breiten Anerkennung des fundierten Sachpolitikers und zeigt, dass es den Grünen trotz deutlicher bürgerlicher Mehrheit gelingt, Allianzen zu schmieden und wichtige Erfolge zu verbuchen. Zu Beginn der neuen Legislatur gab es auch einen Wechsel im Fraktionspräsidium. Mit dem Rücktritt von Christine Häslar hat der Grosse Rat seine erfahrenste Fraktionspräsidentin verloren. Christine Häslar hat es geschafft, die Grüne Fraktion als zuverlässige und bündnisfähige Gruppe zu positionieren. Ein gutes Beispiel dafür ist der Gegenvorschlag zur Initiative «Bern erneuerbar», den der Grosse Rat im Sommer 2012 nach langen Debatten beschlossen hat. Dass das Parlament in einem bis dahin sehr umstrittenen Thema eine Wende vorgenommen hat, ist zu einem grossen Teil das Verdienst von Christine Häslar. Ihre Nachfolgerin, Bettina Keller, hat ihre bisherigen politischen Prioritäten im bildungs-, kultur- und sozialpolitischen Bereich gelegt. Aufgrund ihrer Erfahrung bringt sie die idealen Voraussetzungen mit, um die viertgrösste Fraktion in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Nächste Runde für den Kulturlandschutz

Kursänderung in der Raumplanung gefordert

Im Juni haben die Grünen, die LOBAG und die BDP ihre Kulturland-Initiative eingereicht. Angesichts der anstehenden Revision des Baugesetzes und des kantonalen Richtplans schafft die Initiative zum richtigen Zeitpunkt Druck für griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung.



Im März 2013 wurde das revidierte Raumplanungsgesetz von der Schweizer Stimmbevölkerung mit grossem Mehr gutgeheissen. Die Kantone, die für den Vollzug der Raumplanung zuständig sind, müssen dieses nun umsetzen. Im Kanton Bern werden zu diesem Zweck das Baugesetz und der Richtplan revidiert. Dies ermöglicht, Anliegen der Kulturland-Initiative bereits jetzt in die Gesetzgebung aufzunehmen und damit wirksame Massnahmen gegen die Zersiedelung zu etablieren.

siedelung. Weiter soll die Inanspruchnahme von Kulturland kompensiert werden müssen. Diese Forderungen fehlen in der Vernehmlassungsvorlage. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass sie im Baugesetz oder im Richtplan verankert werden.

Daphné Rüfenacht, Grossrätin, Co-Präsidentin Initiativkomitee, Mitglied der Baukommission BaK

Gute Ansätze im Baugesetz, aber zu wenig griffig

Die Revision des Baugesetzes, die derzeit in der Vernehmlassung ist, zielt grundsätzlich in die richtige Richtung. So stellt der Regierungsrat richtigerweise zur Diskussion, die Kompetenz für die Raumplanung dem Kanton zu übertragen: Die bauliche Entwicklung soll dort stattfinden, wo die negativen Auswirkungen am kleinsten sind. Das können Gemeinden, für die auch steuerliche Aspekte mitspielen, nicht isoliert entscheiden. Nebst dieser Kompetenzverschiebung braucht es jedoch dringend Massnahmen zur Förderung der inneren Verdichtung und zur Begrenzung der Zer-

Am 11. Juni haben die Grünen Kanton Bern, die LOBAG und die BDP die Kulturland-Initiative eingereicht. Die kantonale Initiative fordert die Erhaltung von genügend landwirtschaftlich nutzbarem Kulturland und wirksame Massnahmen gegen die Zersiedelung, ohne dabei die Entwicklung des Kantons zu blockieren. Damit soll sichergestellt werden, dass genügend Boden für die regionale Nahrungsmittelproduktion und für Massnahmen zum Erhalt einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt zur Verfügung steht. Von den über 19500 gültigen Unterschriften haben die Grünen einen grossen Anteil gesammelt, wofür wir allen SammlerInnen herzlich danken!



Im Juni haben die Grünen, die LOBAG und die BDP die Berner Kulturland-Initiative eingereicht.

Grüne setzen sich gegen Abbau bei Krankenkassen-Prämienverbilligungen ein

Ernüchternde sozialpolitische Bilanz

Legislaturwechsel bieten Gelegenheit zum Bilanzieren: Was wurde erreicht? Wo gab es Rückschläge? Was steht noch an? Das Fazit über die Entwicklungen im Berner Sozialwesen fällt ernüchternd aus. Die vom Grossen Rat angestrebten Kürzungen bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse drohen diese Entwicklung weiter zu verschärfen.



Der Armutsbericht 2012 des Regierungsrates zeigt: Das Armutsrisiko ist im Kanton Bern im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gewachsen. Waren im Jahr 2001 noch weniger als zehn Prozent der Haushalte arm oder armutsgefährdet, so lag der Wert 2010 bereits bei 12,1 Prozent.

Kein Wunder: Das verfügbare Einkommen der einkommensschwächsten zehn Prozent der Haushalte ist in diesem Zeitraum teuerungsbereinigt um 20 Prozent gesunken. Die mittleren/oberen Einkommenschichten konnten ihr verfügbares Einkommen währenddessen halten oder verbessern. Von der 2009 in Aussicht gestellten Halbierung der Armut innerhalb von zehn Jahren ist der Kanton Bern weit entfernt.

Ergänzungsleistungen für Familien abgelehnt

Welche politischen Entscheide haben diese Entwicklung begünstigt? Zu erwähnen ist die Verschärfung der Sozialhilfepraxis – zuletzt mit der Überweisung der Motion Studer, welche eine zehnpromtente Senkung der Sozialhilfe gegenüber den SKOS-Richtlinien fordert. Ein geeignetes Instrument zur Vermeidung von Armut sind Ergänzungsleistungen für Familien. Leider hat der neugewählte Grosse Rat diesem zukunftsweisenden Instrument

in der Junisession den Todesstoss versetzt, indem er gar nicht erst auf eine entsprechende Vorlage eingetreten ist.

Prämienverbilligungen nicht kürzen

Sozialpolitisch verheerend sind die Sparmassnahmen bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse. Aufgrund der Kopfprämien bei der Krankenpflegeversicherung hat die Verbilligung der Krankenkassenprämien eine

wichtige sozialpolitische Bedeutung. Letzten November hat die Parlamentsmehrheit beschlossen, hier 35 Millionen Franken einzusparen. Die Grünen lehnen die vom Regierungsrat zu diesem Zweck vorgeschlagene Senkung der Mindestbezügerquote ab, wie sie in ihrer Vernehmlassung festhalten. Denn sonst droht, dass wir in fünf Jahren statt der angestrebten Halbierung der Armut eine massive Zunahme der Sozialhilfe feststellen werden.

Christine Häsler, Grossrätin Grüne, Mitglied Gesundheits- und Sozialkommission
Natalie Imboden, Grossrätin Grüne



Eine Massnahme mit Nebenwirkungen: Durch die Sparmassnahmen bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse besteht die Gefahr, dass Haushalte mit tiefen Einkommen noch stärker unter Druck geraten und in Richtung Sozialhilfe gedrängt werden.

Initiative sur les terres cultivables: l'importance pour le Jura bernois



La protection des terres cultivables est importante dans les grandes zones urbaines, où la pression sur les terrains constructibles est très forte. Dans les zones décentralisées, comme le Jura bernois, elle doit aussi être un souci permanent. Premièrement, l'urbanisation galopante exerce une grande pression sur les terres agricoles restantes. En effet, il y a de

moins en moins de surfaces d'assolement. Les villages se développent sur les surfaces les plus faciles d'accès, et donc sur les surfaces les plus productives, alors que le centre des villages se vide. Il est difficile de vouloir assurer une autonomie alimentaire acceptable avec moins de terres cultivables. En même temps, les surfaces intéressantes pour la biodiversité sont mises en péril par l'intensification des pratiques agricoles

due à la raréfaction des terres disponibles. Deuxièmement, l'avancée de la forêt est à prendre au sérieux: les grandes surfaces de pâturages boisés que l'on trouve dans le Jura bernois ont tendance à se reboiser. La forêt se referme progressivement sur certaines surfaces marginales difficilement exploitables, moins intéressantes au niveau agronomique mais riches en biodiversité.

Afin de garantir un approvisionnement suffisant de nourriture de qualité et de proximité, il est primordial d'assurer à notre agriculture suffisamment de terres cultivables. Le sol n'est pas une ressource renouvelable et son utilisation doit être gérée de manière à permettre une cohabitation harmonieuse entre agriculture, nature et urbanisation.

Olivier Gerber, président Les Verts Jura bernois, agriculteur

Jubiläum der Jungen Grünen Schweiz

10-jährig – und schon voll respektiert

Am 5. Juli haben die Jungen Grünen Schweiz in Köniz ihr 10-Jahre-Jubiläum gebühlich gefeiert.



Seit nunmehr zehn Jahren gibt es die Jungen Grünen Schweiz in ihrer heutigen Form. Was klein angefangen hat, hat sich zu einer der aktivsten und erfolgreichsten Jungparteien der Schweiz entwickelt. So haben die Jungen Grünen im Kanton Bern sowohl bei den Nationalratswahlen 2011 als auch bei den Grossratswahlen 2014 (Wahlkreise Bern und Oberaargau) als beste Jungpartei abgeschnitten. Ihre Schlagkraft bewiesen haben die Jungen Grünen Schweiz unter anderem im Jahr 2008 mit der Stopp-Offroad-Initiative, die mit über 120 000 gültigen Unterschriften eingereicht wurde.

Zehn Jahre Junge Grüne: Dieses Jubiläum verlangte natürlich nach einem gebührenden Fest, das am 5. Juli in der «Heitere Fahne» (www.dieheitererfahne.ch – einen Besuch wert!) in Wabern gestiegen ist.

Nachmittags wurden bei Sonnenschein verschiedene Workshops durchgeführt. So hat beispielsweise der Junge Grüne Koch und Autor Philip Hochuli vorgezeigt, wie sich vegane Sushi zubereiten lassen, die Jungen Grünen Zürich haben mit Siebdruck T-Shirts mit dem

Jubiläums-Logo bedruckt, die Solothurner Sektion hat einen Kurs zum Malen von Transparenten angeboten. Die Zeit bis zum Apéro und dem anschliessenden Nachtessen verging wie im Flug. Diverse (ehemalige) Junge Grüne ReferentInnen und Gäste haben dem Publikum Anekdoten und Rückblicke aus den vergangenen zehn Jahren vorgetragen.

«10 vor 10»-Spezialsendung zu Ehren der Jungen Grünen

Alle Kantonalparteien hatten die Aufgabe, den Jungen Grünen Schweiz ein Geschenk zu überreichen. Die Geschenke fielen äusserst kreativ und unterschiedlich aus. Von einem Quiz, über ein Jubiläumsbier bis hin zur Geburtstagstorte war alles dabei. Besonders erwähnenswert ist sicher das Geschenk von uns Jungen Grünen Kanton Bern: Wir haben eine «10 vor 10»-Spezialsendung zum 10-Jahre-Jubiläum

aufgezeichnet und am Fest mit Live-Schaltungen ins Publikum präsentiert. Das Video und weitere Bilder vom Fest gibt es auf www.jungegruene.ch/jubilaeum zu sehen.

Abgerundet wurde das Fest mit einem Konzert von *The Tackers* aus Solothurn. Ein toller Tag ist so langsam zur Neige gegangen. Im Namen aller BesucherInnen gilt der herzlichste Dank dem Organisationskomitee: Seraphine Iseli, Flurina Wäspi, Michael Ogi, Niels Kruse, Leonie Nägler und Lea Schweri – ihr habt Superarbeit geleistet!

Roman Gugger, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern



Junge Grüne Region Thun



Die Jungen Grünen Kanton Bern haben das erklärte Ziel, auch bei Gemeindewahlen mit eigenen Listen anzutreten und Sitze zu erlangen, wie dies in Köniz bereits gelungen ist. Es braucht unbedingt mehr junge, kreative Köpfe in den Parlamenten, die Grüne Politik mittragen und mitgestalten. Nachdem in Thun kurz vor den Grossrats-

wahlen 2014 eine lokale Sektion der Jungen Grünen gegründet wurde, steht nun fest, dass die Jungen Grünen mit einer eigenen Liste zu den Stadtratswahlen antreten werden. Auf der Liste der Grünen Stadt Thun wird unser Co-Präsident Roman Gugger zusammen mit Grossrätin Andrea de Meuron und dem Vize-Stadtratspräsidenten Thomas Hiltbold für den Gemeinderat kandidieren. Die Grünen Stadt Thun haben

sich zum Ziel gesetzt, endlich den Sprung in die Stadtexekutive zu schaffen und die Stadtratsfraktion auf mindestens fünf Sitze zu vergrössern. Die Jungen Grünen unterstützen dieses Ziel mit voller Kraft und streben zusätzlich an, mit der Jungen Grünen Liste direkt einen Sitz in der Grünen Fraktion zu erreichen.

Till Weber, Junge Grüne Region Thun

Inspirierende Sommerexkursion in den Modell-Stadtteil Vauban in Freiburg DE

Augenschein im Wunderland

Um neue Wege zu ökologischen und menschenfreundlichen Quartieren zu erkunden, sind Grüne aus verschiedenen Berner Gemeinden nach Vauban gereist. Was dort dank ambitionierter Planung und vielfältiger Eigeninitiative möglich war, könnte auch Ansporn für hiesige Ortsplanungen sein.



Energetisch vorbildlich, grösstenteils autofrei, kinderfreundlich, baulich verdichtet und gleichwohl überaus grün: Das ist der Stadtteil Vauban, der in Freiburg im Breisgau in den 90-er Jahren auf einem frei gewordenen, 38 Hektar grossen Kasernenareal in Zentrumsnähe entstanden ist.



5500 Menschen leben hier – nicht in sterilen oder gar gestylten Wohnsiedlungen, wie sie anderswo aus dem Boden gestampft werden, sondern in einem lebendigen Mosaik von unterschiedlich gestalteten Häusern und Hausteilen. Viele sind von ihren BewohnerInnen selber mitgeplant worden und bei aller Individualität auf enges Zusammenleben in Nachbarschaft und Quartier ausgerichtet. Zu Vauban gehören auch Sozialwohnungen,

alternative Wohnformen und eine Solarsiedlung, die mehr Energie produziert als sie verbraucht.

Motivation und Inspiration für ambitionöse Siedlungsentwicklungen auch im Kanton Bern
Durch dieses grüne Wunderland hat die GFL Zollikofen im Juni eine orts- und fachkundige Führung organisiert – gleichsam zwecks Horizonterweiterung im Hinblick auf die anlaufende Ortsplanungsrevision. Teilgenommen haben auch Grüne aus anderen Ortsparteien. Vieles, was in Vauban schon vor Jahren möglich war, lässt sich leider wohl nicht so einfach in bernische Verhältnisse

umsetzen. Aber das Beispiel Vauban (wo 70 Prozent grün wählen!) kann motivieren, in unseren Ortsplanungen ambitionöse Ziele und Siedlungsentwicklungen anzustreben, die punkto innerer Verdichtung, Energie, Verkehr und Grünraum-Gestaltung wirklich nachhaltig sind. Dabei gilt es, keine technokratischen Planungen von oben herab zu machen, sondern die betroffenen Menschen intensiv miteinzubeziehen und auch ihren Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Das Beispiel Vauban gibt Hoffnung, dass auf diese Weise möglich werden kann, was wir kaum zu träumen wagen – zum Vorteil von allen.

Anna-Katharina Zenger, Gemeinderätin Uetendorf, Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern
Bruno Vanoni, Präsident GFL Zollikofen, Mitglied Gemeindeparlament

Grüner Erfolg: Neuregelung der Parkplatzerstellungspflicht

In grösseren Städten mit einem guten Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln steigt die Zahl von Haushalten ohne privates Motorfahrzeug. Trotzdem sah die kantonale Gesetzgebung bisher eine Parkplatzerstellungspflicht vor, auf die in autofreien Gebieten nur verzichtet werden konnte, wenn Raum für die spätere Erstellung von Parkplätzen freigehalten oder eine Ersatzabgabe bezahlt wurde. Im Jahr 2010 forderte Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, den Regierungsrat auf, eine Neuregelung der Parkplatzerstellungspflicht zu prüfen: Das bisherige Recht führte zur Verteuerung von Wohnraum und stand im Widerspruch dazu, die negativen Umweltauswirkungen des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren. Vier Jahre später wird das Anliegen nun umgesetzt: Auf den 1. August passte der Regierungsrat die Regeln für den Bau von Parkplätzen mit einer Änderung der Bauverordnung an. Neu kann für Wohngebiete mit keinen oder nur wenigen Motorfahrzeugen auf den Bau von Parkplätzen für BewohnerInnen ganz oder teilweise verzichtet werden. Damit wird das autoarme Wohnen und Bauen nicht mehr behindert und eine unnötige Verteuerung des Wohnraums verhindert.



Grüne aus dem Kanton Bern zu Besuch im Modell-Stadtteil Vauban in Freiburg DE

Les francophones de Nidau continueront de poursuivre leur scolarité en français



Lors de la votation du 18 mai dernier, les Nidowiennes et les Nidowiens ont refusé de priver les élèves francophones de leur droit d'effectuer leur scolarité en français à Bienne. Les Verts se sont largement engagés dans cette campagne très émotionnelle. La droite n'a pas manqué de brandir des arguments financiers pour taillader ce principe vieux de 30 ans. En effet, la Ville de Nidau prend en

charge l'écolage et le transport de ses enfants francophones. Cependant, les coûts engendrés sont justifiés face aux bénéfices que procure le maintien d'une culture bilingue. A la frontière d'une zone linguistique, il fait sens pour notre ville qui a grandi avec Bienne de continuer à offrir cette possibilité aux francophones.

Carine Stucki-Steiner, co-présidente Les Verts Nidau, Conseillère de ville

Abstimmung vom 28. September in den Gemeinden Bern, Köniz und Ostermundigen

Gut aufgegleist: Ja zum Tram Region Bern!

Am 28. September stimmen die Gemeinden Bern, Köniz und Ostermundigen über die jeweiligen Kredite für den Bau der Tramlinie 10 ab. Die Grünen setzen sich in allen drei Gemeinden für ein Ja zu diesem wichtigen Projekt des öffentlichen Verkehrs ein.



Die Buslinie 10, die Bern mit Köniz und Ostermundigen verbindet, ist chronisch überlastet. Wer den öffentlichen Verkehr nutzt, wird damit paradoxerweise bestraft; trotz Dreiminutentakt zu Spitzenzeiten sind die Busse überfüllt. 16,8 Millionen Fahrgäste transportierte die Linie 10 im letzten Jahr – das sind fast gleich viele Fahrgäste, wie in allen Postautolinien im ganzen Kanton Bern zusammen.



Die Umstellung auf den Trambetrieb ermöglicht den ÖV-NutzerInnen eine verträgliche Mobilität. Die Combinotrams, wie sie in Bern seit 2010 zum Einsatz kommen, können bis zu 2,5 Mal mehr Fahrgäste transportieren als Gelenkbusse. Mit dem Bau der Tramlinie werden gleichzeitig Werkleitungen saniert und der öffentliche Raum aufgewertet, zum Beispiel der Eigerplatz oder beim Bahnhof Ostermundigen.

Überregionaler Nutzen

Die Investitionen in das Tram Region Bern (TRB) sind ein wichtiges Impulsprogramm mit überregionalem Nutzen und reihen sich ein in die weltweit zu beobachtende Renaissance



Mit dem Bau des Trams wird gleichzeitig der öffentliche Raum aufgewertet.

des Trams. So wird das TRB als zukunftsgerichtetes Projekt sowohl vom Kanton als auch vom Bund als wichtiges Agglomerationsprojekt betrachtet und mitfinanziert. Die drei Gemeinden tragen einen Viertel der Gesamtkosten von rund 500 Millionen Franken, drei Viertel werden von Bund und Kanton beigesteuert.

Für eine grüne Zukunft

Die Grünen Ortsparteien setzen sich in Bern, Köniz und Ostermundigen engagiert für ein Ja zum Tram ein. Attraktive Tramverbindungen fördern den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr. Dies zeigen auch die Erfahrungen mit dem Tram Bern West. Der Betrieb der neuen Tramlinie ist CO₂-frei, zudem werden die Schadstoff- und Lärmemissionen gegenüber dem Busverkehr reduziert.

Um Platz für das Tram zu schaffen, müssen an der Viktoria- und an der Ostermundigenstrasse Bäume gefällt werden. Dank einer Projektoptimierung konnte die Anzahl jedoch klar reduziert werden und jeder gefällte Baum wird ersetzt. Zusammen mit der nächsten Generation freuen wir uns über diese frisch gepflanzten Bäume.

Das TRB ist insgesamt eine zukunftsgerichtete Investition zu Gunsten einer stadtverträglichen Mobilität. Das heisst: ein attraktiver öffentlicher Verkehr, die Förderung des Velo- und Fussverkehrs und die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs.

*Franziska Grossenbacher,
Stadträtin GB, Bern*

Michael Steiner, Stadtrat GFL, Bern



«Auch für Köniz gilt: Der 10-er Bus ist überlastet und der Wechsel aufs Tram die einzige machbare und zielführende Lösung. Die innere Verdichtung im Liebefeld und in Köniz – das Ziel grüner Raumplanung – ist ohne Tram nicht umsetzbar. Die Verdichtung löst zwar auch Wachstum aus, aber an Orten, wo es am wenigsten negative Auswirkungen – sprich: Landverbrauch und PendlerInnenströme – bringt. Der Einzonungsdruck wird auch im Gebiet zwischen Köniz und Schliern steigen. Um das Gebiet (ca. 12 ha) einzuzonen, ist aber eine erneute Volksabstimmung notwendig, die frühestens in 15 Jahren stattfinden wird.

Köniz erhält die beiden Tram-Äste praktisch geschenkt, zahlen wir doch nur 26 Millionen Franken oder gut 10 Prozent der Gesamtkosten. Ein ökologischer Ausbau des öffentlichen Verkehrs zum Preis einer Turnhalle (Weissenstein) – das dürfen wir uns nicht entgehen lassen.»

*Jan Remund, Mitglied Parlament Köniz,
Vize-Präsident Grüne Kanton Bern*



«Das Tram Region Bern (TRB) stellt für Ostermundigen nicht nur einen unentbehrlichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sondern *das* Entwicklungsprojekt schlechthin dar. Mit dem TRB erhält Ostermundigen für seine Investitionen einen mehrfachen Gegenwert in vielerlei Hinsicht. Mit der Tramlinie wird die Bernstrasse, unsere Visitenkarte, ein frisches, zeitgemässes Gesicht erhalten. Die angrenzenden Liegenschaften werden aufgewertet.

Sehr früh wurde auch die Bevölkerung einbezogen. Es fanden mehrere öffentliche Veranstaltungen statt, bei denen Fragen gestellt und Wünsche angebracht werden konnten. Aufgrund dutzender von Besprechungen und zahlreicher Workshops mit AnwohnerInnen und Interessierten wurden möglichst alle Bedürfnisse berücksichtigt.

In Ostermundigen stehen alle Parteien hinter dem Tram – wir Grüne sowieso!»

Ursula Lüthy, Gemeinderätin Ostermundigen, Grüne

Für eine offene Schweiz

Grüne Gründe gegen «Ecopop»

Am 30. November kommt die Ecopop-Initiative zur Abstimmung, die verbindliche und tiefe Zuwanderungslimiten fordert. Die Grünen lehnen die Initiative ab, da sie nicht zur Lösung der Umweltprobleme beiträgt und stattdessen die Rechte von MigrantInnen untergräbt.



Der antike Philosoph Epiktet hat vor fast 2000 Jahren ein Phänomen der heutigen Zeit auf den Punkt gebracht: «Es sind nicht die Dinge selbst, die uns ängstigen, sondern die Vorstellung, die wir von den Dingen haben.» Diffuse Existenzängste bestimmen die Diskussion um die «Überbevölkerung». Egal, ob diese Ängste begründet sind oder nicht, die Ecopop-Initiative ist die falsche Antwort. Die Initiative führt mit ihrer starren Obergrenze für die Zuwanderung zu einem weiteren Bruch mit Europa und zielt an den wahren Problemen vorbei.

Umweltprobleme kennen keine Grenzen

Die Zuwanderungsbeschränkung ist kein Allerweltsheilmittel. Die effektiven Ursachen für die Umweltbelastung und den Kulturlandverlust sind eine schlechte Raumplanung und unser Konsumverhalten – also wir selber. Statt dies zu benennen, sind gemäss «Ecopop» die Eingewanderten dienliche Sündenböcke. Doch Umweltprobleme, insbesondere



Berner Grüne unterwegs an die Kundgebung für eine offene und solidarische Schweiz vom März

der Klimawandel, kennen keine Grenzen. Es ist einerlei, ob ein Mensch in Spanien oder der Schweiz lebt – entscheidend ist, wie er lebt. Eine globale Sichtweise drängt sich auf. Diese wollen uns auch die InitiantInnen von «Ecopop» vorgaukeln. Quasi als «Gegenmittel» zur Einwanderungsbeschränkung sollen 10 Prozent der Entwicklungshilfegelder in die Familienplanung fliessen. Die Geburtenrate wird allerdings vielmehr von der Schulbildung und der wirtschaftlichen Entwicklung eines

Landes geprägt. Und hier spielt die Schweiz tatsächlich eine Rolle; mit unlauteren Steuerpraktiken der Rohstoffhandelsfirmen zum Beispiel. Unternehmen müssen ihre Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern wahrnehmen, wie dies die Initiative «Recht ohne Grenzen» fordert.

Grüne Lösungen

Die richtigen Antworten auf Umweltprobleme und Klimawandel sind ein bewusstes Konsumverhalten, Ressourceneffizienz, eine gute Raumplanung und nicht zuletzt verantwortungsbewusste Unternehmen in der Schweiz, wie wir Grünen sie durch unsere Politik, etwa die Initiative für eine Grüne Wirtschaft, propagieren. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Alec von Graffenried, Nationalrat Grüne

Agenda

■ 30.08.: Herbstmärit Ostermundigen.

Die Grünen Ostermundigen sind von 9–17 Uhr mit einem Stand präsent. Alle Interessierten sind zum Besuch und Gedankenaustausch eingeladen.

■ 04.-17.09.: Energiewendefestival.

Mit Workshops, Exkursionen, künstlerischen Beiträgen u.v.m. gibt das Energiewendefestival in Rubigen die Möglichkeit des Austauschs und der Weiterbildung. www.energiewendefestival.ch

■ 06.09. und 04.10.: Grüner Stammtisch.

10–11 Uhr, Marktplatz, Nidau.

■ 08.09.: «Die unheimlichen Ökologen» –

Buchpräsentation und Gespräch. Balthasar Glättli (Nationalrat Grüne, Co-Autor), Leena Schmitter (Stadträtin GB Bern, Co-Autorin) und Thomas Haemmerli (Präsident GomS) wenden sich gegen die Vermischung von Ökologie und Bevölkerungspolitik und beleuchten die Ausbeutung von Natur und

Mensch. Matto Kämpf (Autor, Theater- und Filmemacher) zeigt einen Diavortrag zur Ecopop-Initiative. 19.30 Uhr, kulturpunkt, PROGR, Speichergasse 4, Bern.

■ 09.09.: Treffen für Neumitglieder und

Interessierte. 19 Uhr, Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, 2. Stock, Bern.

■ 13.09.: Solidaritätslauf für Sans-Papiers.

Mit dem Solidaritätslauf wird ein starkes Zeichen für die Rechte der Sans-Papiers gesetzt und Geld für die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers gesammelt. 13.30–19 Uhr, Münsterplatz, Bern. www.solidaritätslauf.ch

■ 11.10.: Süssmost frisch ab Presse.

Jährliche Herbstaktion der GFL Zollikofen: Süssmost aus Ihrem Obst hergestellt oder zum Kaufen. 9–15 Uhr, Ziegeleimärit, Zollikofen.

■ 01.11.: Kundgebung für eine offene und solidarische Schweiz. Nachmittags auf dem Bundesplatz in Bern.

Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23

Erscheint vier Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern.

Redaktion: Regula Tschanz

Gestaltung: www.muellerluetolf.ch

Portraitfotos: Fabian Lütolf; Foto S. 2: Robert Alder, Schweizerbauer; S. 3: Fotalia, Henry Schmitt; S. 5: Bruno Vanoni; S. 6: Mathys Partner Visualisierung; S. 8: www.oeffentliche-krankenkasse.ch.

Druck: Bubenberg Druck, Bern

Auflage: 8000

Redaktionsschluss Nr. 33: 22.09.2014

sekretariat@gruenebern.ch

Tel. 031 311 87 01, PC-Konto: 60-791966-7

Initiative für eine öffentliche Krankenkasse – Abstimmung vom 28. September 2014

Effizienz oder Leerlauf?

Die Grünen wollen Ordnung ins Krankenkassengewirr bringen und sagen Ja zur öffentlichen Krankenkasse. Sie waren von Anfang an im Initiativkomitee und im Trägerverein vertreten.



Allzu oft wird die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse heute in einen ordnungspolitischen Kontext gestellt: Markt oder Staat? Wir sehen das nüchterner. Effizienz oder Leerlauf, das ist die Frage. Denn in der obligatorischen sozialen Grundversicherung gibt es keinen Markt. Hier wird mit viel unnötigem Aufwand nur Markt gespielt. Tatsache ist: Alle müssen sich obligatorisch einer Grundversicherung anschliessen. Und jede Versicherung muss von Gesetzes wegen das Gleiche verkaufen. Es besteht ein Gewinnverbot und der Kanton oder der Bund genehmigen bzw. definieren die Preise, und zwar für alle Versicherungen nach den gleichen, transparenten Grundsätzen.



Heutiges System schafft ungesunde Anreize

Der einzige Markt, also die Konkurrenz unter den Kassen, besteht in der Grundversicherung nur in der Jagd auf die guten Risiken. Gefragt sind junge und gesunde Versicherte, die weniger Kosten verursachen als ältere oder chronisch Kranke. Weil diese Risikose-

lektion zu grossen Preisdifferenzen zwischen den einzelnen Kassen führen kann, braucht es ein kompliziertes Korrektursystem, den sogenannten Risikoausgleich. Neben Alter, Geschlecht und Aufenthalt in Spitälern oder Pflegeheimen sollen weitere Indikatoren für ein erhöhtes Krankheitsrisiko festgelegt, gezählt, gewichtet, mit Formeln verrechnet, bezahlt und zurückbezahlt werden. Doch auch damit werden die ungesunden Anreize für die Kassen nicht aus der Welt geschafft.

Prävention und Qualität statt Bürokratie und Pseudowettbewerb

Der beste Risikoausgleich ist deshalb die Risikogemeinschaft aller Versicherten eines Prämienraumes, eines Kantons oder einer Region. Nur mit einer öffentlichen Krankenkasse kann die absurde Bürokratie rund um den Pseudowettbewerb verhindert werden. Nur mit einer öffentlichen Krankenkasse kann mehr in Prävention und in die Qualität der Leistungserbringer investiert werden. Nur mit einer öffentlichen Krankenkasse werden unnötige Kosten bei der Werbung oder beim Kassenwechsel verhindert. Eine öffentliche Krankenkasse reduziert auch den administra-

tiven Aufwand für ÄrztInnen und TherapeutInnen. Viele gute Gründe also für ein Ja.

Regula Rytz, Nationalrätin Grüne,
Co-Präsidentin Grüne Schweiz
Aline Trede, Nationalrätin Grüne



Parolen

■ National

Weitere Informationen und den Delegiertenbeschluss finden Sie auf www.gruenebern.ch.

■ Ja zur Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse (siehe oben)

■ Nein zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»: Die Initiative fordert, dass gastgewerbliche Leistungen (8% MwSt) gleich besteuert werden, wie jene von Take-Aways (2,5% MwSt). Die Grünen lehnen die Bevorteilung von Take-Aways ebenfalls ab. Aus umweltpolitischer Sicht ist sie nicht nachvollziehbar. Die Grünen haben sich darum für einen Gegenvorschlag eingesetzt, der den Besteuerungssatz von Take-Aways dem des Gastgewerbes angeglichen hätte, fanden dafür aber keine Mehrheit. Die Initiative lehnen die Grünen ab: Sie würde ein grosses Loch in die Bundeskasse reissen und vor allem einkommensstarken Personen, die häufiger Restaurants besuchen, zu Gute kommen.

■ Kanton Bern

Am 28. September finden keine kantonalen Abstimmungen statt.

■ Bern, Köniz, Ostermundigen

Ja zum Ausführungskredit für das Tram Region Bern (siehe Seite 6)

■ Biel/Bienne

Weitere Informationen zu den Abstimmungsvorlagen und dem Beschluss der Mitgliederversammlung: www.gruene-biel.ch.

■ Ja zum Grundstückserwerb im Feldschlössli-Areal für die Realisierung des Campus Biel/Bienne

■ Ja zum Verpflichtungskredit für die Sanierung der Kremationsanlage Madretsch

Jetzt unterschreiben

■ Fair-Food-Initiative

Umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel – das wollen die Grünen mit der nationalen Fair-Food-Initiative erreichen. Lebensmittel aus einer naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen sollen gefördert werden, auch Esswaren, die weit weg von hier produziert werden, sollen diese Anforderungen erfüllen. Unterschreiben Sie jetzt die Fair-Food-Initiative. Mehr Informationen und Unterschriftenbogen: www.fair-food.ch.